

„Die Piraten sind keine reine Protestpartei“

Politikforscher Niedermayer analysiert das Erfolgsgeheimnis: Maximale Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten sind attraktiv

Berlin – Nach Ansicht des Berliner Politikwissenschaftlers Oskar Niedermayer müssen sich die etablierten Parteien auf die Piraten einstellen, ohne ihnen hinterherzulaufen. Mit Niedermayer sprach unser Berliner Korrespondent über deren Wahlerfolge.

Herr Niedermayer, worin besteht das Erfolgsgeheimnis der Piratenpartei?

OSKAR NIEDERMAYER: Ihr Erfolgsgeheimnis basiert auf einem neuen Politikansatz, nämlich maximale Transparenz und Partizipation, was vor allem Jüngere anzieht.

Was ist daran so neu?

Die SPD hat sich erst kürzlich eine stärkere Mitgliederbeteiligung verordnet, und die Grünen gelten als Wiege der Basisdemokratie.

Der Unterschied besteht darin, dass die Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder bei den Piraten ein übergreifendes, wertbezogenes Politikziel darstellt. Das ist bei keiner anderen Partei so.

Haben die Piraten schon eine Stammwählerschaft?

Ja, das sind die Leute, die gewissermaßen im Netz leben. Für sie ist die Netzpolitik das entscheidende Wahlmotiv. Aber das sind schätzungsweise nur zwei bis drei Prozent. Um über die Fünfprozenthürde zu kommen, müssen die Piraten aber noch weitere Wähler gewinnen.

Was Ihnen offenbar gut gelingt.

Ja, wegen des Wertbezugs ihrer Politik, was auch bedeutet, dass der Vorwurf, die Piraten seien eine reine Protestpartei, ins Leere läuft. Ein Teil der Wähler wurde früher immer als Gruppe der Unzufriedenen definiert, die den anderen Parteien einen Denkmittel verpassen wollte. Dem typisch emotionalen Protestwähler ist es daher auch ziemlich egal, welche extreme Partei er wählt. Hauptsache, seine Entscheidung tut den anderen weh.

Und bei den Piraten ist das anders?

Ja. Wer diese Partei wählt, ist zwar auch frustriert von den etablierten Parteien. Anders als früher sind die Piraten in den Augen dieser Wähler aber eine sinnvolle Alternative.

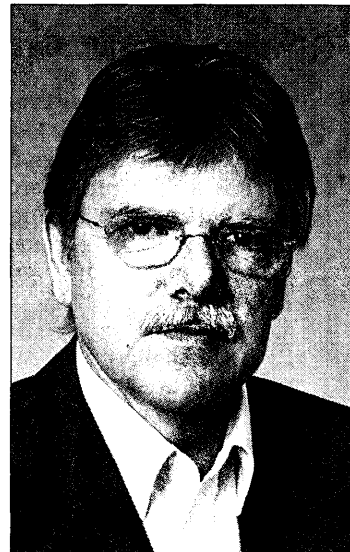
Aber inhaltlich sieht es bei den Piraten eher dürftig aus.

Gerade weil die Piraten überwiegend noch nicht wegen ganz spezifischer politischer Forderungen gewählt werden, sind sie auch für bisherige Wähler aller anderen Parteien wählbar. Die Piraten passen weder in die linke noch in die rechte Schublade. Das macht sie auch für Nichtwähler attraktiv.

Wie lange wird denn dieses Piratenglück andauern?

Je mehr diese Partei politisch sichtbar wird, desto mehr wird sie Farbe bekennen müssen. Dadurch wird sie ihre Unbestimmtheit verlieren und für manchen vormaligen Anhänger auch nicht mehr wählbar sein. Je mehr Landtage die Piraten erobern, desto eher müssen sie sich den Zwängen der parlamentarischen Demokratie unterordnen. Das geht zu Lasten von Transparenz und Partizipation. Dadurch werden sie auch ein Stück weit entzaubert werden.

Wie sollten die etablierten Parteien auf die Piraten reagieren?



Oskar Niedermayer, Freie Universität Berlin. Archivbild: privat

Dass die SPD die Piraten weiter lieber außerhalb des Bundestages sähe, ist klar. Denn im Falle ihres Einzugs würde es für Rot-Grün extrem eng. Aber grundsätzlich gilt: Ignorieren ist nicht mehr möglich.

Mit ein bisschen twittern dürfte es kaum getan sein.

Richtig, manche Parteien tun schon auch schon sehr viel

mehr. Die SPD zum Beispiel hat ein netzpolitisches Konzept auf den Tisch gelegt. Bemerkenswert daran ist, dass sie die Netzpolitik in ihre grundlegende Positionierung integriert. Sie macht das an der sozialpolitischen Komponente fest. Das heißt, sie will sich um die ganzen Scheinselbstständigen im IT-Bereich kümmern. Wenn die anderen Parteien einen eigenen Zugang zur Netzpolitik finden und nicht den Piraten hinterherlaufen, dann ist das für meine Begriffe ein Weg, die Piraten kleinzuhalten.

Wäre schon nach der nächsten Bundestagswahl eine Regierung mit den Piraten denkbar?

Wenn es für Rot-Grün nicht reicht, würde ich das nicht apodiktisch ausschließen. Denn die Alternative wäre eine Große Koalition, die für SPD ein Trauma ist. Entscheidend bleibt, ob die Piraten in einem so bedeutenden Land wie Nordrhein-Westfalen den Einzug ins Parlament schaffen. Wenn das gelingt, haben sie große Chancen, 2013 auch in den Bundestag einzuziehen.

Gespräch: Stefan Vetter